

CDU-Bezirksverband Ostfriesland

Bezirksparteitag 2018-II

Antrag 1 - CDU Wittmund

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

Die CDU im Bezirksverband Ostfriesland spricht sich zur Sicherung des Deichschutzes, der Beibehaltung der landwirtschaftlichen Qualität in der Weidehaltung und des touristisch wertvollen Landschaftsbildes, für die Herabsetzung des Schutzstatus des Wolfs auf der ostfriesischen Halbinsel aus, um eine Ausdehnung der Wolfspopulation in der Region möglichst zu verhindern. Dies ohne Benachteiligung der Jägerschaft.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antrag 2 - CDU Wittmund

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

Die CDU Ostfriesland spricht sich für eine stärkere Förderung der Wasserstoff-Technologie aus.

Begründung:

Deutschland steigt aus der Atomtechnologie und der Kohleförderung aus. Stattdessen wird die Energieversorgung auf erneuerbare Energieträger umgebaut. Allerdings bereiten die erforderlichen Ausbauten der Nord-Süd-Stromtrassen Probleme und sind weit hinter den Erfordernissen zurück. Zugleich ist bereits erkennbar, dass der Umstieg auf Elektro-Mobilität (mit Strom aus erneuerbaren Energien) einen erheblichen Aufwand bei der Produktion der erforderlichen Speichertechniken (Batterien) erfordert und keine günstige Umweltbilanz aufweist. Zudem zeigt sich bereits, dass mit Elektroantrieben der Schwerlastverkehr nicht ausreichend bewegen lässt.

Eine Studie für das Bundesverkehrsministerium rät nicht zuletzt aus den genannten Gründen, die Wasserstoff-Kapazitäten schnellstmöglich auszubauen. Erforderlich ist dafür ein Markt-Aktivierungsprogramm, um Wasserstoff im großen Stil herzustellen und einzusetzen.

Für Ostfriesland könnten sich hieraus neue Perspektiven ergeben. Schließlich entwickelt sich die Region zu einer Drehscheibe für erneuerbare Energien. Neben einer Erzeugung aus regenerativen Energien bietet Wasserstoff vor allem den Vorteil, gut gelagert werden zu können – ähnlich wie Erdgas. Überschüssiger Windstrom könnte somit direkt in Wasserstoff umgewandelt werden, um ihn dann bedarfsgerecht einzusetzen.

Wittmund, 26. Oktober 2018

gez. Björn Fischer, Kreisvorsitzender

Antrag 3 - Gemeinde- und Stadtverbände Baltrum, Borkum, Juist, Norderney; Gemeinderatsfraktionen Langeoog und Wangerooge

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

Die CDU Ostfriesland unterstützt das Anliegen der Inselgemeinde Baltrum und ggfs. weiterer Inselgemeinden und Küstenorte, wonach

1) der Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer im Jahr 2019 mit Beteiligung aller Ostfriesischen Inseln und allen anderen betroffenen einheimischen Ostfriesen, die im Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer leben, wirtschaften und ihre Freizeit verbringen ernsthaft in Hinblick auf das Schutzziel und eine angemessene Erreichungsfrist evaluiert wird.

2) die bis zur Anerkennung als UNESCO-Weltnaturerbe im Jahr 2009 genehmigten und möglichen Nutzungsarten der einheimischen Bevölkerung im Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer vollumfänglich erhalten bleiben und gesichert bzw. wiedergestellt werden, sofern sie nach diesem Zeitpunkt beschränkt oder abgeschafft wurden.

Begründung:

Auf Antrag der CDU/Baltrum21-Gruppe hat der Rat der Inselgemeinde Baltrum am 24. Oktober 2018 die o.g. Forderungen beschlossen. Diese sollen beim nächsten Insulaner-Erfahrungsaustausch im November mit Vertretern der anderen Inselgemeinden diskutiert und als gemeinschaftlicher Antrag an die Niedersächsische Landesregierung gestellt werden.

Vorausgegangen war eine öffentliche Diskussion über die zunehmende Einschränkung der Rechte von Insulanern und Gästen durch Naturschutzauflagen, die oftmals ohne Beteiligung der Betroffenen durch Landesbehörden erlassen und Schritt für Schritt unbemerkt verschärft werden. Im Austausch mit Interessengruppen auf den anderen Inseln und dem Festland (Jäger, Landwirte, Fischer, Waldbesitzer, Gewerbetreibende, etc.) wurde deutlich, daß es sich hier um ein grundsätzliches Problem handelt, da die Betroffenen regelmäßig nicht mitgenommen, ihre berechtigten Interessen nicht ausreichend beachtet werden (vgl. auch Maritimes Papier der IHK 2018, Seite 23). Zum Teil werden sie aufgrund eines ökozentrierten Weltbildes bewußt ignoriert.. Durch die - plakative - Forderung nach einem (rechtlich selbstverständlich nicht ohne weiteres möglichen) einseitigen Austritt aus dem Nationalpark konnte das Thema auf die öffentliche Agenda gesetzt werden. Selbst Kritiker des Austritts-Vorhabens haben zwischenzeitlich erklärt, daß es in der Tat in unterschiedlichen Bereichen eine Überregulierung gebe, bei der die Verhältnismäßigkeit von Beschränkungen und den angestammten Rechten und Interessen der hier lebenden Bevölkerung nicht mehr gewahrt ist und korrigiert werden muß. Eine Prüfung sollte daher auch unter dem Gesichtspunkt von möglichen Verstößen gegen das verfassungsrechtlich garantierte Rechts auf kommunale Selbstverwaltung (Art. 28 GG, Art. 57 NV) erfolgen. Ziel ist es, im Rahmen eines Insulaner-Erfahrungsaustausches eine Bestandsaufnahme durchzuführen und eine gemeinsame Interessenvertretung zu organisieren.

Mit dem Antrag an den Bezirksparteitag soll auch die Bezirksebene für die Anliegen sensibilisiert werden. Durch den recht offen gehaltenen, eher grundsätzlichen Unterstützungsbeschluss wird den Diskussionen beim Insulaner-Erfahrungsaustausch dabei nicht vorgegriffen. Der neugewählte Bezirksvorstand sollte dies zu einem Schwerpunktthema machen. Die Funktionsträger und auch die ostfriesischen Abgeordneten auf Landes- Bundes- und europäischer Ebene werden gebeten, sich in ihren Bereichen entsprechend einzusetzen.

Eine 2013 durchgeführte Evaluierung des Nationalparks Niedersächsisches Wattenmeer durch EUROPARC Deutschland e.V. ist dabei als nicht maßgeblich oder ausreichend anzusehen, da nachweislich weder die einheimische Bevölkerung, noch sonstige in der Region tätige „Stakeholder“ befragt wurden. Auch die Zusammensetzung der Mitglieder des Bewertungskomitees aus Frankfurt, Dresden, Erfurt, Berlin, Kellerwald erweckt Zweifel an der Ausgewogenheit des Berichtes. In Anbetracht der Tatsache, dass der Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer zwischenzeitlich 32 Jahre lang besteht, erscheint eine ernsthafte Evaluierung von Schutzziel und Erreichungsfrist angemessen und notwendig zu sein.

Ostfriesland, im Oktober 2018

gez.	Torsten Bent CDU Baltrum	gez.	Maximilian Schiffner CDU Borkum	gez.	Hans-Ludwig de Vries CDU Juist
gez.	Jann Ennen CDU Norderney	gez.	Gert Kämper CDU-Fraktion Langeoog	gez.	Jürgen Wiebach CDU-Fraktion Wangerooge